

22.09.2016

Drohender Entsorgungsnotstand bei schadstoffhaltigen Styroporabfällen

Die Sanierung von Häusern kann künftig noch teurer werden

Stuttgart. Die baden-württembergische Bauwirtschaft warnt vor einem Entsorgungsnotstand bei schadstoffhaltigen Dämmmaterialien. Dadurch kann die Sanierung von Häusern in Zukunft noch teurer werden. Grund ist die neue Abfallverzeichnisverordnung (AVV), die Ende September in Kraft tritt und vorschreibt, dass sogenannte Polystyrol-Dämmstoffe, die mehr als 0,1% des Flammenschutzmittels Hexabromcyclododecan (HBCD) enthalten, neuerdings als gefährliche Abfälle einzustufen und speziell zu entsorgen sind. Bislang enthielten diese Dämmstoffe in der Regel einen Anteil von 1,5 % HBCD und konnten über normale Müllverbrennungsanlagen beseitigt werden. Laut neuer Vorschrift müssen sie nun in entsprechend genehmigten Verbrennungsanlagen für gefährliche Abfälle entsorgt werden und davon gibt es bislang nur eine einzige in Baden-Württemberg, nämlich die Sonderabfallagentur in Fellbach bei Stuttgart. Bauunternehmen, die mit Umbau-, Sanierungs- oder Abbruchmaßnahmen von gedämmten Gebäuden beauftragt sind, stehen damit plötzlich vor einem fast unlösbaren Problem.

Dieter Diener, Geschäftsführer der Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg, sieht die Bau- und Abfallwirtschaft im Land auf einen regelrechten Entsorgungsnotstand zusteuern: „Es ist schlicht ein Unding, die bundesweite AVV-Verordnung zur Müllentsorgung kurzfristig zu ändern, ohne die weit reichenden Folgen zu bedenken. Für unsere Baubetriebe bedeutet diese Neuregelung teilweise Transportwege mehr als hundert Kilometern, weil sie die als gefährlich deklarierten Dämmstoffe nun nicht mehr in normalen Müllverbrennungsanlagen vor Ort entsorgen können. Das wird mit Sicherheit auch Auswirkungen auf die Preise haben.“ Schon jetzt hat der absehbare

Kapazitätsengpass dazu geführt, dass die Entsorgungspreise bundesweit kräftig erhöht wurden. Hat man vor kurzem noch 200,- Euro pro Tonne für die Beseitigung gefährlicher Abfälle gezahlt, werden nun 1.700,- Euro und mehr verlangt. Auch die längeren Transportwege für Spezialmüll werden letztlich auf die Sanierungskosten durchschlagen.

Zurzeit gibt es bundesweit 60 gesonderte Verbrennungsanlagen für gefährliche Abfälle, eine davon in Baden-Württemberg. Entsprechend seiner Größe müssten im Land anteilig aber mindestens acht solcher Anlagen vorhanden sein. Angesichts des kurzfristig nicht zu lösenden verschärften Abfallproblems appelliert die Landesvereinigung Bauwirtschaft an die Landesregierung in Stuttgart, eine Aussetzung der Verordnung von mindestens 6 Monaten vorzunehmen und die Entsorgung aller Styroporabfälle solange in der bisher praktizierten Weise weiter zu gestatten.

Eleni Auer / Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 0711 64853-34, Fax: 0711 64853-49, e-mail: auer@bauwirtschaft-bw.de
Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg, Hohenzollernstraße 25, 70178 Stuttgart